

9. NOV. 1965

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/73/213

Bonn, den 5. November 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	De Gaulle Zu der Fernsehansprache des französischen Staatspräsidenten	47
2	"Nehmen Sie es heiter..." Zu den sozialdemokratischen Warnungen vor einer Finanzkatastrophe	32
3	Vorbildliches Bundesland Hessen Wirksame Initiative zur Beseitigung des Lehrermangels Von Herbert Bernreiter	49
4	Schelepin und das KGB ... oder: Die Moskauer "Wundertüte" Von Helmut F. Bärwald	46
5 - 6	Vom Agrar- zum Industrieland Dänemarks Wandlungsprozess	48
6	Staatsmittel für Schwedens Parteien Stützung der kleineren Zeitungen Von unserem Korrespondenten in Stockholm, Rudolf Eißner	29

+ + +

De Gaulle

Zu der Fernsehansprache des französischen Staatspräsidenten

sp - De Gaulles Entscheidung, sich zur Präsidentschaftswahl zu stellen, hat wohl niemanden überrascht; am wenigsten die Franzosen. Nachdem es den innenpolitischen Gegnern des Staatspräsidenten nicht gelungen war, sich auf eine aussichtsreiche Gegenkandidatur zu einigen, konnte man erwarten, daß sich de Gaulle wieder "zur Verfügung stellen" würde. Seine Chancen sind unter den gegebenen Umständen günstig.

Die Art, wie sich der Generalpräsident dem französischen Volk selbst als Kandidat empfahl, entspricht ganz dem politischen Stil, den er seit 1958 für Frankreich geprägt hat. Auch insofern war seine Fernsehansprache keine Überraschung.

Wenn man sich nun fragt, welche Politik de Gaulle zu verfolgen gedenkt, dann ist man etwas weniger sicher in der Beurteilung seines Fernsehauftritts vom Donnerstagabend. Der Präsident erinnerte daran, daß er Frankreich schon mehrmals gerettet habe und sagte seinen Landsleuten voraus, ihr Vaterland werde unweigerlich in einem Chaos versinken, wenn sie ihn nicht zum Präsidenten wählen würden. Inwieweit diese Voraussage berechtigt ist, muß das französische Volk selbst beurteilen. Darüber wird man wohl im jetzt beginnenden Wahlkampf noch einiges zu hören bekommen.

An der Substanz der jetzigen französischen Politik will de Gaulle nichts ändern. Seine Aussagen darüber, welche Art von Politik dies sein soll, sind mehr oder weniger unklar, lassen aber immerhin erkennen, daß die Freunde Frankreichs auch weiterhin auf Pariser Überraschungen gefaßt sein müssen.

Einerseits will de Gaulle die Souveränität Frankreichs erhalten und stärken. Andererseits will er die europäische Einigung fortsetzen. Ob er das aber auf der Grundlage der Römischen Verträge zu tun gedenkt, oder in einer anderen Form, ließ de Gaulle offen.

Für die Bundesrepublik Deutschland bleibt - unabhängig vom Wahlausgang - der deutsch-französische Freundschaftsvertrag, die EWG-Verträge und das atlantische Bündnis die Grundlage ihres Verhältnisses zu Frankreich. Um so aufmerksamer und auch um so realistischer wird die deutsche Politik dafür sorgen müssen, daß dieser Dreiklang erhalten bleibt. Illusionen, wie man sie früher gelegentlich in Überschwang der Gefühle gepflegt hat, sollten einer nüchternen Betrachtungsweise der bisherigen Politik de Gaulles weichen.

De Gaulle ist ein schwieriger Freund und Partner. Das können wohl alle Freunde des französischen Volkes, die jemals mit dem General und Präsidenten zu tun gehabt haben, bestätigen. Aber gerade deswegen ist es notwendig, seine Vorstellungen von der Zusammenarbeit unter Freunden genau zu kennen, richtig einzuschätzen und in ein vernünftiges System der Abwägung gelegentlich auch widersprechender Interessen einzuordnen. Denn über den Eigenarten und Überraschungen, die ein de Gaulle gelegentlich auch seinen Freunden und Partnern zu bereiten pflegt, steht die Freundschaft zwischen den französischen und dem deutschen Volk.

"Nehmen Sie es heiter..."

Zu den sozialdemokratischen Warnungen vor einer Finanzkatastrophe

sp - "Wenn die SPD von einer Finanzkatastrophe spricht, so nehmen Sie es nicht ernst - nehmen Sie es heiter!" Vor knapp drei Monaten, am 13. August, versuchte Kanzler und Wahlkämpfer Ludwig Erhard die sozialdemokratischen Warnungen vor einem Zusammenbruch einer soliden Finanz- und Haushaltspolitik mit diesen Worten abzutun. Auf jener Wahlreise Nr. 2, die ihn unter anderem in die hessischen Städte Weilburg, Wetzlar, Hanau, Seligenstadt und Darmstadt führte, versuchte Erhard den mehr oder minder gutgläubigen Wählern auch noch klarzumachen, worin der Bundesrepublik eigentlich Koch und Kellner sei. In seiner bildhaften Sprache nannte er die sozialdemokratischen Oberbürgermeister "die Oberköllner", die servieren, was andere zubereitet haben...

Nun, knapp drei Monate danach, da Bundesfinanzminister Dahngrün im Auftrage seines "Küchenschefs" den Gästen im Hotel "19. September" klarmachen muß, daß man eine vorsätzlich gefälschte Speise- und Getränkekarte ins Fenster gehängt hat, braucht Herr Erhard ganze Brigaden von Oberköllnern und "Abservierern", die ganz schnell all das wieder von den Tischen bringen, was man zuvor angekündigt oder gar schon aufgetragen hatte.

Im Hotel "Zum 19. September" herrscht heillooses Durcheinander, die Stimmen der enttäuschten, sich arglistig hintergangenfühlenden Gäste sind schwerlich zu überhören. Und die schrillen Töne des im Wahlkampf noch so stillen "Streich-Orchesters" übertönen jetzt das Gerede des blamierten "Chefkochs", der mit seinen Gehilfen eine stark versalzene Suppe selber auslöffeln muß. Selbst die Lektüre von Axel Springers Millionenblatt, die seine Wahlmenüs so kräftig angepriesen hatte, macht dem "Koch" in diesen Tagen keine Freude mehr...

Ist guter Rat teuer? Für getäuschte Wähler sicher. Ludwig Erhard aber kann man nur empfehlen, Ludwig Erhard vom 13. August nachzulesen: "Wenn die SPD von Finanzkatastrophe spricht, so nehmen Sie es nicht ernst - nehmen Sie es heiter!"

Vorbildliches Bundesland Hessen

Wirksame Initiative zur Beseitigung des Lehrermangels

Von Herbert Bermeitinger

Zu einer fortschrittlichen Bildungspolitik gehört nicht nur der Bau zeitgemäßer neuer Schulen, sondern auch eine vermehrte Zahl gründlich ausgebildeter Pädagogen, damit Verbesserungen im Schulwesen in vollem Umfang den Kindern in Stadt und Land gleichermaßen zugute kommen. Eine Schule ohne ausreichendes Lehrpersonal wäre heute genauso unbefriedigend, wie ein leistungsfähiger Lehrkörper ohne ausreichende räumliche Voraussetzungen.

Noch im Jahre 1949 mußte an den hessischen Volksschulen ein Lehrer durchschnittlich 50,7 Schüler unterrichten; an den Realschulen waren es 38,9 und an den Gymnasien 21,3 Schüler. Nach den Feststellungen der "Ständigen Konferenz der Kultusminister" hat sich dieses Verhältnis von Schüler je Lehrer in Hessen so erheblich verbessert, daß heute ein Lehrer in einer Volksschule noch 52,5 Schüler, an der Realschule 27,4 und am Gymnasium nur noch 15,9 Schüler zu unterrichten hat.

Trotz dieser beachtenswerten Verbesserung besteht auch in Hessen heute noch Lehrermangel. Nach den Meßwerten der Kultusministerkonferenz fehlten 1964 an den allgemeinbildenden Schulen der Bundesrepublik 57 854 Lehrer, das heißt 24,6 Prozent mehr Lehrer aller Schularten wären für einen zeitgemäßen Unterricht nötig gewesen.

*In Hessen hingegen beträgt dieser Mehrbedarf, bezogen auf die Zahl der 1964 hauptamtlich tätigen Lehrer, nur 16,2 Prozent; in Bayern hingegen schon 18 Prozent, in Baden-Württemberg 24,9, im Saarland *38, in Nordrhein-Westfalen 39,3 und in Rheinland-Pfalz sogar 40,3 Prozent!

Obwohl diese Bundesländer also weitaus stärker über einen Lehrermangel zu klagen haben, werden die wirksamsten Initiativen zu seiner Beseitigung im Bundesland Hessen ergriffen. Kompetente Kulturpolitiker außerhalb Hessens haben bereits bestätigt, daß Hessen mit der Ausbildung von musisch-technischen Lehrern einen mutigen Schritt zur Bekämpfung des Lehrermangels getan hat, für den die hessischen Eltern vor künftigen ABC-Schützen schon heute dankbar sein können.

Die seit 1961 an den vier pädagogischen Fachinstituten in Fulda, Jugendheim, Kassel und Wiesbaden ausgebildeten Fachlehrer werden schon bis 1970 in der Lage sein, durch ihren Unterricht in den Fächern Handarbeit, Hauswirtschaft, Kunst- und Leibeserziehung, Musik und Werken einen beträchtlichen Teil der Unterrichtsstunden an den hessischen Volksschulen zu übernehmen. Das ist ein wirksamer Schritt, um die Zahl der Lehrer zu erhöhen, die bereits heute über die Hälfte aller hessischer Beamten stellen.

Für den Ausbau der vier pädagogischen Fachinstitute sowie den Ausbau der Hochschulen für Erziehung, die der Ausbildung der Lehrer dienen, sind auch im "Großen Hessenplan" beträchtliche Mittel vorgesehen. Im Rahmen dieses von Ministerpräsident Dr. Georg-August Zinn vorgelegten Planes wird Hessen in den nächsten zehn Jahren etwa 2,8 Milliarden Mark aus Landesmitteln für kulturpolitische Projekte investieren, denn selbstverständlich nimmt das sozialdemokratische "Musterland" die Gemeinschaftsaufgabe Bildung und Ausbildung besonders ernst.

Schelepin und das KGB

oder: Die Moskauer "Wundertüte"

Von Helmut F. Bärwald

In fast allen Nachrichten, Spekulationen und Gerüchten über mögliche - und besonders im Hinblick auf den bevorstehenden Parteitag der KPdSU durchaus denkbare - Veränderungen in der Führungsspitze der Sowjetunion spielt ein Mann immer wieder eine besondere Rolle: Der frühere Chef der sowjetischen Geheimpolizei - Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, kurz KGB genannt - A. N. Schelepin. Schelepin stieg in der Partei- und Staatshierarchie sofort nach Chruschtschows Sturz steil nach oben. Er ist heute Mitglied des Präsidiums und des Sekretariats des Zentralkomitees der KPdSU sowie Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR. Im Zentralkomitee der KPdSU ist er unter anderem für die Partei- und Staatskontrolle zuständig. Er kann heute in der Sowjetunion wohl die höchste Autorität in Sicherheits- und nachrichtendienstlichen Angelegenheiten genannt werden. Auf seinem Weg zur Macht wird Schelepin besonders von dem jetzigen Leiter des KGB, Semitschastnyj, unterstützt.

In diesem Zusammenhang muß wohl auch die vor einem Jahr begonnene Propagandakampagne in der sowjetischen Publizistik zugunsten des Komitees für Staatssicherheit gesehen werden. Das Ziel dieser Kampagne, die selbst in der Sowjetunion vereinzelt kritisches Staunen auslöste, ist klar erkennbar: Zum einen soll die sowjetische Geheimpolizei aufpoliert, glorifiziert und gleichsam gesellschaftsfähig gemacht werden. Zum anderen soll die nach Chruschtschows Sturz offenbar gewachsene Macht und Bedeutung des KGB ausgebaut und vergrößert werden. Für den westlichen Beobachter ergibt sich die Notwendigkeit, das KGB nicht nur in seiner innenpolitischen Rolle zu sehen, sondern auch zu berücksichtigen, daß das KGB auf dem außenpolitischen Feld der Sowjetunion seine verborgene Rolle hinter den Kulissen der weltpolitischen Bühne spielt. Als Beispiel dafür mag nur der Hinweis dienen, daß in der Kubakrise des Jahres 1962 sowjetische Diplomaten bei verschiedenen Aktionen ausgeschaltet und durch bewährte KGB-Leute ersetzt wurden.

Der von vielen gutunterrichteten diplomatischen Quellen als der "kommende Mann" bezeichnete Schelepin verfolgt ganz offensichtlich das Ziel, das KGB zu seiner Hausmacht auszubauen, auf die er sich erforderlichenfalls bei innen- und außenpolitischen Aktivitäten stützen kann. Wenn sich auch die sowjetische Propaganda in letzter Zeit immer wieder bemühte, das Bild einer politischen Geheimpolizei zu zeichnen, die sich in ihrer Arbeit angeblich ausschließlich von legalen Rechten leiten läßt, so lehrt doch die Erfahrung mit solchen Institutionen, daß nicht legale, auf dem Papier stehende Rechte oder Pflichten die Arbeit derartiger Organisationen bestimmen, sondern die kontrollierte, von Wenigen manipulierbare Macht.

Kenner des Mannes Schelepin skizzieren die außenpolitische Konzeption des ehemaligen Geheimpolizeichefs so: Hinwendung zu einem härteren, betont anti-amerikanischen Kurs, eine mögliche Unterstützung der außenpolitischen Linie Peking und eine wesentliche Reduzierung des sichtbaren Teils sowjetischer Koexistenz-Politik.

Vom Agrar- zum Industrieland

Dänemarks Wandlungsprozeß

DK - Dänemark hat in den letzten 25 Jahren einen Wandlungsprozeß durchgemacht wie kaum ein anderer Staat in Europa. Seit 1938 ist das Sozialprodukt von 19,5 auf 40 Milliarden Kronen angestiegen (bei diesen Zahlen ist der allgemeine Preisanstieg eliminiert worden). Die Verdoppelung des Sozialproduktes wurde von einer Bevölkerung erreicht, die zwar von vier auf 4,7 Millionen Menschen zunahm, jedoch nicht mehr arbeitsfähige Menschen besitzt als vor 25 Jahren. Der nach dem Krieg eingetretene große Geburtenüberschuß wirkt sich erst - wegen der verlängerten Ausbildung in Schule und Beruf - in den nächsten Jahren in der Produktionsleistung aus.

Die Auffassung, Dänemark sei das große Agrarland des Nordens, ist längst überholt. Die Verdoppelung des Sozialproduktes mit den enormen Einkommenssteigerungen für den kleinen Arbeitnehmer sind nur möglich gewesen, weil Dänemark ein hochentwickeltes Industrieland geworden ist. Bei Kriegsausbruch kamen je fünfzig Prozent des Sozialproduktes aus Landwirtschaft und aus Industrie und Handel. Heute machen Industrie und Handel rund 75 Prozent des Sozialproduktes aus.

Das wiederum wurde nur möglich, weil die Landwirtschaft in einem Maße rationalisiert hat, wie kaum irgendwo in der Welt. Bei Kriegsausbruch gab es in Dänemark 600 000 Pferde, heute nur noch 60 000. Die Zahl der Traktoren hat gewaltig zugenommen. 25 Prozent der Arbeitskräfte sind freigesetzt worden. Dabei hat sich jedoch auch die Lebensmittelproduktion Dänemarks vervielfacht. Das Land im Norden ist zur fünftgrößten Fischereination Europas geworden.

Die Arbeitnehmer in der Eisen- und Lebensmittelindustrie haben sich in den letzten 25 Jahren gleichfalls vervielfacht. In den Mittelstädten und auf den Dörfern sind weltbekannte Industrie-Unternehmen entstanden. In Jütland findet zur Zeit eine gewaltige Umschichtung statt. Man hat genügend Land und gerade noch genügend Arbeitskräfte. Vierzig Prozent des gesamten Industrie-Exports Dänemarks besteht heute aus Maschinen und Instrumenten. Das Möbelhandwerk ist dabei, sich zu einer äußerst starken Möbelexportindustrie zu entwickeln.

Die Regierung in Kopenhagen hilft mit einem besonderen Aspekt. Der Staat betreibt in Dänemark für ganze Industrie-Branchen gezielte Forschungsprojekte, die die Kraft des einzelnen Unternehmens übersteigen würden. Der Staat drängt auch darauf, daß sich ganze Industrie-Gruppen zusammenschließen und gemeinsam zukunftsweisende Forschungsprojekte wissenschaftlich betreiben.

Dänemark ist kein Agrarland mehr, aber ein Exportland hochwertiger Landwirtschafts- und Industrie-Produkte. Seit 25 Jahren haben in dem nordischen Königreich die Sozialdemokraten dominierend in der Regierung gesessen. Seitdem hat sich das Sozialprodukt um mehr als verdoppelt und ist zuerst dem kleinen Mann zugute gekommen. Bei allem wird eine überaus liberale Import-Politik betrieben. Nur ganz wenige Länder in der Welt haben, bezogen auf den Einwohner - einen so großen Import.

+ + +

Staatemittel für Schwedens Parteien

Stützung der kleineren Zeitungen

R.H. - Im Frühjahr 1966 wird der Schwedische Reichstag - wie Ministerpräsident Erlander kürzlich bekanntgab - über eine Regierungsvorlage abstimmen, derzufolge den im Reichstage vertretenen Parteien aus der Staatskassa 25 Millionen Schwedenkronen zur Verfügung gestellt werden sollen, und zwar voraussichtlich im Verhältnis zur Zahl der Reichstagsmandate.

Die Gelder, über deren Verwendung die Parteien frei entscheiden können, sind hauptsächlich als eine Subvention für jene Zeitungen gedacht, deren Existenz bedroht ist. So wie in den meisten anderen Ländern stützt sich die Finanzierung der Presse auch in Schweden hauptsächlich auf Inserate. In der Regel werden die Zeitungen mit den höchsten Auflageziffern von den Inseratkunden bevorzugt. Den anderen Zeitungen droht die Einstellung. Die Gefahr ist groß, daß einige wenige Zeitungskonzerne die in der Presse zum Ausdruck kommende Meinungsbildung monopolisieren. Die vollkommen verzerrte Darstellung eines Referates des schwedischen Ministerpräsidenten in einer großen liberalen Abendzeitung - und das Schweigen der bürgerlichen Presse zu dieser Entgleisung - veranschaulichte erst vorige Woche wieder, wie sehr ein Presse-Monopol der politischen Aussprache die sachliche Grundlage entziehen könnte.

Die liberale Volkspartei und die konservative Rechte, die sich auf eine durch Inserate finanzierte Presse stützen können, bekämpfen aus naheliegenden Gründen die Regierungsvorlage. Die Sozialdemokraten und die Zentrumsparlei (ehemals Agrarparlei) stehen mit ihren Inserate-schwachen Zeitungen vor wachsenden Schwierigkeiten. Da sie im Reichstage über eine Mehrheit verfügen, ist mit der Annahme des Gesetzes zu rechnen. Allerdings ist es fraglich, ob 25 Millionen Schwedenkronen ausreichen, um das Zeitungssterben aufzuhalten.

+ + +